

Wärmewende finanzieren: Verbände fordern verlässliche CO₂-Preise und Investitionen in Gebäudesanierung

Berlin/Frankfurt am Main, 6. November 2025 – Der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e.V. und der ZVEI (Verband der Elektro- und Digitalindustrie) fordern die Bundespolitik auf, sich für eine fristgerechte Umsetzung des europäischen Emissionshandels für Gebäude und Verkehr einzusetzen und dabei eine echte Lenkungswirkung sicherzustellen. Die Einnahmen müssen konsequent in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) und die Bundesförderung energieeffiziente Gebäude (BEG) fließen. Nur ein stabiler Preisrahmen könne die Finanzierung der Wärmewende sichern.

Die Reformvorschläge der EU-Kommission zum Emissionshandelssystem ETS2 sind aus Sicht der beiden Verbände eine Chance, die dringend nötige Wärmewende im Gebäudesektor vorausschauend und sozial gerecht zu finanzieren. „Die mittelfristige Finanzplanung muss den ETS2 als finanzpolitisches Rückgrat der Wärmewende begreifen“, sagt Dr. Martin Sabel, Geschäftsführer des BWP. „Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung und insbesondere das nun verstärkte Frontloading können dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) den notwendigen Spielraum verschaffen, um Gebäudeförderung, soziale Kompensation und Investitionsanreize sicherzustellen.“ Daran gelte es nun festzuhalten. Eine weitere Verschiebung berge das Risiko, Emissionen nicht schnell genug zu senken und dadurch später in hohe Zertifikatepreise zu laufen.

Dies betont auch Peter Liese, MdEP, im Vorfeld einer Veranstaltung von BWP und ZVEI zum Thema: „Der Beschluss der europäischen Umweltminister, das Inkrafttreten des ETS2 um ein Jahr von 2027 auf 2028 zu verschieben, ist schlecht für das Klima und schlecht für die deutsche Wirtschaft. Alle Akteure, das heißt die deutsche Wirtschaft und alle deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament sowie die Bundesregierung, müssen sich jetzt noch mehr dafür engagieren, dass die Verschiebung nicht der Anfang vom Ende des ETS2 ist.“

Planungssicherheit für Haushalt, Wirtschaft und Verbraucher

Die Einnahmen für den KTF hängen künftig stark von der Preisentwicklung der CO₂-Zertifikate im ETS2 ab. Damit sei der Emissionshandel mehr als ein Klimainstrument: „Der ETS2 ist ein Finanzierungsanker für die Wärmewende. Mit diesem Anker können wir Investitionen in klimafreundliche Gebäudetechnik dauerhaft sichern und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland stärken“, erklärt Wolfgang Weber, Vorsitzender der ZVEI-Geschäftsführung.

Ein Scheitern des ETS2 oder ein zu hohes Überangebot durch Anpassungen der Zertifikatmenge würde die Finanzierung der Wärmewende gefährden – und damit Deutschlands Klimaziele ernsthaft ins Wanken bringen. Die Verbände plädieren daher dafür, in der nationalen Umsetzung an den bestehenden Preispfad des nationalen Emissionshandels anzuknüpfen. „Ein CO₂-Preis mit einem planbaren Aufwuchspfad in Deutschland ist kein Selbstzweck, sondern eine Versicherung gegen finanzielle Unsicherheit“, so Weber weiter. „Er schafft stabile Rahmenbedingungen für den Bundeshaushalt, die noch immer nötige Senkung der Stromsteuer, den KTF und den Markt für klimafreundliche Wärmetechnologien, der auf klare Preissignale angewiesen ist.“

Auch Liese unterstreicht die Chancen des ETS2: „Der europäische Emissionshandel stellt die konsequente Weiterentwicklung nationaler CO₂-Bepreisungen dar. So wird er zum wichtigsten Lenkungsinstrument der europäischen Klimapolitik. Das muss auch für die Bereiche Gebäude und

Verkehr gelten. Das Frontloading ermöglicht es den Mitgliedstaaten, schon vor dem ETS-2-Start gezielt in klimafreundliche Heizsysteme zu investieren. ETS 2 soll nicht belasten, sondern den Übergang zur Dekarbonisierung erleichtern, gerade für private Haushalte und kleine Unternehmen.“

Gleichzeitig würden Signale vermieden, die Lock-in-Effekte provozieren können: „Die aktuell guten Marktzahlen der Wärmepumpe zeigen, dass das Zusammenspiel aus Ordnungsrecht, Förderung und bestehender CO₂-Bepreisung funktioniert und Verbraucher raus wollen aus fossilen Technologien. Die Wärmewende ist in vollem Gange. Hier dürfen wir nicht nachlassen. Jede neu eingebaute Wärmepumpe trägt dazu bei, die Emissionen zu senken und damit auch die Preise im europäischen Emissionshandel niedrig zu halten“, so Sabel.

BWP und ZVEI verweisen darauf, dass Deutschland als größte Volkswirtschaft Europas eine besondere Verantwortung trägt: Rund ein Drittel der europäischen Emissionen in den ETS-2-Sektoren Gebäude und Verkehr entfallen auf Deutschland. Eine umfassende Elektrifizierung und Digitalisierung von Gebäuden – etwa durch Wärmepumpen, Photovoltaik und intelligente Steuerungssysteme – sei der zentrale Hebel, diese Emissionen zu senken.

Politische Glaubwürdigkeit und Investitionsanreize stärken

Ein ambitionierter nationaler Rahmen ist entscheidend, um europäische Klimaziele und Investitionssicherheit gleichzeitig zu gewährleisten. Investitionsentscheidungen in Heizungsanlagen, Gebäudesanierung und Netzinfrastruktur erfolgen über Zeiträume von 15 bis 20 Jahren. Verlässlichkeit stärkt daher nicht nur den Bundeshaushalt, sondern auch das Vertrauen von Unternehmen, Handwerk und Verbrauchern. „Politische Glaubwürdigkeit entsteht, wenn Klimaziele, Förderpolitik und Haushaltsentscheidungen zusammenpassen“, so Weber. „Ein nationaler CO₂-Mindestpreis sowie die Senkung der Stromsteuer wären klare Signal, dass Deutschland die Wärmewende langfristig absichert – unabhängig von kurzfristigen Marktschwankungen.“ Sabel ergänzt: „Wer heute Planungssicherheit schafft, verhindert morgen Preisschocks – für Staat, Wirtschaft und Verbraucher.“

Über den Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e.V.

Der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e. V. ist ein Branchenverband mit Sitz in Berlin, der die gesamte Wertschöpfungskette rund um Wärmepumpen umfasst. Im BWP sind über 1.250 Unternehmen der Heizungsindustrie, Handwerksunternehmen, Planungs- und Architekturbüros, Bohrfirmen sowie Energieversorger organisiert, die sich für den verstärkten Einsatz effizienter Wärmepumpen engagieren.

Die deutsche Wärmepumpen-Branche beschäftigt rund 70.000 Personen und erwirtschaftet einen Jahresumsatz von rund 3,5 Milliarden Euro. Derzeit werden in Deutschland über 1,7 Millionen Wärmepumpen genutzt. Die hier verbauten Anlagen werden zu rund 95 Prozent von BWP-Mitgliedsunternehmen hergestellt.

Über den ZVEI

Der ZVEI vertritt die gemeinsamen Interessen der Elektro- und Digitalindustrie und der zugehörigen Dienstleistungsunternehmen in Deutschland und auf internationaler Ebene. Der Verband zählt mehr als 1.100 Mitgliedsunternehmen. In der ZVEI-Gruppe arbeiten 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ende 2024 beschäftigte die Branche 900.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Inland. Sie ist damit die zweitgrößte Industriebranche in Deutschland. Der Umsatz lag 2024 bei 220 Milliarden Euro.

Die Elektro- und Digitalindustrie ist einer der innovativsten Wirtschaftszweige in Deutschland. Jährlich wendet die Branche 22 Milliarden Euro für F&E und mehr als neun Milliarden Euro für Investitionen

Ansprechpartner Presse

BWP

Katja Weinhold

presse@waermepump.de

ZVEI

Ingrid Pilgram

T: +49 151 2644 1135

E: ingrid.pilgram@zvei.org